

In einem knappen vierten Kapitel fordern drei Statements „kein Zurück“ hinter das im christlich-jüdischen Dialog Erreichte. Das Nachwort des Mitherausgebers von Kortzfleisch verdient m.E. besondere Aufmerksamkeit. In neun Punkten bilanziert er in nüchterner, auch ernüchterter Weise Erreichtes. Entscheidungen Benedikts XVI. von 2008 hätten bereits Schaden verursacht. „Ein Bruch ist eingetreten“. (336) Doch auch mit Blick auf die wissenschaftliche evangelische Theologie und Gemeindeebene konstatiert er, was auch cum grano salis und unter dem Vorbehalt der Verallgemeinerung für katholische Verhältnisse gelten dürfte: Man kann immer noch Theologie „ohne Kennenlernen des Judentums betreiben“, weil „die Frage nach einem neuen christlich-jüdischen Verhältnis ausgesessen“ wurde (P. v. d. Osten-Sacken zitierend). „Auch viele Geistliche in gehobenen Funktionen sind vom Thema unberührt (...)“ (365)

Der Band vereint zuweilen recht Disparates. Er kann und will nicht als Querschnitt der Theologie der christlich-jüdischen Beziehung gelesen werden, doch empfiehlt er sich als Sammlung von „Probepbohrungen“, die ebenso die Weite des zu beackernden Feldes der *christiana-iudaica* wie seine Tiefenschichten inklusive ihrer starken Verwerfungen erkennen lassen.

*Paul Petzel*

**Eberhard Günter Schulz, *Schicksal und Bewältigung der Flucht und Vertreibung von Deutschen und Polen. Vorträge und Berichte der Tagungen der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Hildesheim, Zürich, New York: Georg Olms Verlag 2009, 319 S., 48,- €, ISBN 978-3-487-14286-9***

Der vorliegende Band vereint dreiundzwanzig Aufsätze (ohne Vor- und Schlussworte) aus der Feder von vierzehn deutschen und fünf polnischen Autoren. Es sind überarbeitete Beiträge einer Tagung mit dem Thema „Schicksal und Bewältigung der

Flucht und Vertreibung von Deutschen und Polen“, die die *Stiftung Ostdeutscher Kulturrat* in drei Abschnitten zwischen Dezember 2005 und November 2007 in Bonn und Berlin veranstaltete. Der Herausgeber hat die Beiträge thematisch in drei Kapitel eingeordnet: „Flucht und Vertreibung als Gegenstand der historischen und politischen Auseinandersetzung“, „Schicksal und Bewältigung von Flucht und Vertreibung in der Literatur“, und „Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Städten, Regionen und Institutionen“.

Der Schwerpunkt des Bandes liegt verständlicherweise bei der Zwangsmigration Deutscher von Ost nach West – schließlich stehen Tagungsveranstalter und Herausgeber dem Bund der Vertriebenen nahe. Eberhard G. Schulz sieht die Vertreibungen als Völkerrechtsverletzung mit schwerwiegenden Langfristfolgen: „Es ist ... klar, dass die Vertreibung der dauerhaft sesshaften Bevölkerung aus einem die Oberhoheit wechselnden Gebiet eine Verletzung des philosophischen Staatenrechtes darstellt, *die alle für diese Rechtsverletzung verantwortlichen Staaten als Partner einer Friedensordnung disqualifiziert*“ (24-25; Hervorhebung J.N.). Um dieses Unrecht „wieder gut zu machen“, müsse es „von allen dafür verantwortlichen Staaten als ein Unrecht verurteilt werden, durch das ... die Menschenwürde verletzt worden ist“ (25).

Da auch für Schulz eine Rückkehr zum *status quo ante* ausgeschlossen ist – es würde dadurch nur neues Unrecht geschaffen – verlangt er als zweiten Schritt Niederlassungsfreiheit für die Vertriebenen und ihre Nachkommen in den ehemaligen Vertreibungsgebieten. Hiermit rennt er jedoch im Prinzip offene Türen ein, denn Niederlassungsfreiheit ist seit dem Beitritt Polens und Tschechiens zur Europäischen Union 2004 für alle Bürger der Staatengemeinschaft gegeben. Ob sich jedoch irgendwann einmal eine polnische oder tschechische Regierung, gar eine der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs bereitfinden wird, die von ihnen zu verantwortende Vertreibung der Deutschen bei und nach Kriegsende 1945 als „Unrecht“ offiziell anzuerkennen, steht in den Sternen.

Der Tatsache, dass Polen nicht nur „Vertreiber“ und Deutsche nicht nur „Vertriebene“ waren, nehmen sich mehrere Beiträge des Sammelbandes an. Piotr Madajczyk und Paweł Zimniak gehen das Thema vom Standpunkt des Historikers an, während sich Eugeniusz Klin und Axel Dornemann der literarischen Verarbeitung des Themas bei deutschen und polnischen Autor(inn)en widmen. Madajczak und Zimniak weisen etwa auf die Vertreibung von Teilen der polnischen Bevölkerung aus den vom Reich annektierten oder besetzten Gebieten Polens (1939-1944) hin, sowie auf die Vertreibung von ethnischen Polen aus den *Kresy*, den von 1939 bis 1941 von der Sowjetunion okkupierten und nach Kriegsende (bis auf einige Grenzkorrekturen) annektierten Teilen Vorkriegspolens.<sup>1</sup>

Sie machen deutlich, dass nationalsozialistische und sowjetische Bevölkerungspolitik theoretisch auf unterschiedlichen Prinzipien beruhten: im Dritten Reich auf „Rasse“, in der Sowjetunion auf „Klasse“. Stalin hatte jedoch die vernichtende Niederlage, die das „bourgeoise“ Polen der Roten Armee 1920 bereitet hatte, niemals vergessen. So gab es in der Praxis gegenüber ethnischen Polen nur unwesentliche Unterschiede. Damit werden aber weder die deutsche Kriegsschuld, noch die deutschen Verbrechen am polnischen Volk oder gar der Holocaust geleugnet oder relativiert. Dies geschieht auch sonst nirgendwo in diesem Band.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Es hat für die in den *Kresy* ansässigen Polen keine „Ausweisungsbefehle“ gegeben in der Art, wie sie für Deutsche aus den ehemaligen Reichsgebieten galten. Offiziell stellte man nur der polnischen Minderheit frei, auszuwandern. Die Erinnerung an den polnisch-bolschewistischen Krieg 1919/20, an die Sowjetherrschaft vom 17.9.1939 bis zum 21.6.1941 sowie an die Massaker an der polnischen Bevölkerung durch ukrainische Nationalisten 1943/44 und nicht zuletzt das Verhalten der Befreier waren jedoch Druck genug, die große Mehrheit der Polen—nach Madajczak (77) insgesamt etwa 1,2 Millionen Menschen—zum Verlassen der Nachkriegs-Sowjetunion zu motivieren.

<sup>2</sup> Es scheint mir notwendig, dies anzumerken, da den deutschen Vertriebenen und ihren Organisationen derartige Vorwürfe von interessierter Seite gern gemacht werden.

Klin, Germanist aus Zielona Góra/Grünberg, und Dornemann betrachten Werke zeitgenössischer deutscher und polnischer Autor(inn)en, die sich der Übergangsphase 1945/46 widmen, als die Deutschen noch, die zugewanderten Polen – oft selbst Vertriebene aus den *Kresy* – schon in denselben Orten, oft unter demselben Dache, lebten, und wo sich Spannungen, aber auch persönliche Freundschaften ergaben, die jedoch durch die erzwungene Abreise ein plötzliches Ende fanden. Die Auswahl der Autor(inn)en ist verständlicherweise subjektiv, und der Rezensent hätte gern auch die Werke von Stefan Chwin und Paweł Huelle (Danzig) und Henryk Worcell (Niederschlesien) berücksichtigt gesehen.

Verständlicherweise werden in mehreren Beiträgen des ersten Kapitels – „Flucht und Vertreibung als Gegenstand der historischen und politischen Auseinandersetzung“ – die grundsätzlich einander gegenüber stehenden Auffassungen zur Thematik angesprochen, wie sie sich allein schon in der Terminologie bemerkbar machen und im Streit um das deutsche *Zentrum gegen Vertreibungen* medienwirksam aufeinander prallten. Während die unmittelbar Betroffenen, ob organisiert oder nicht, ob in Deutschland oder Polen lebend, von „Vertreibung“ sprechen (wobei in Deutschland die Flüchtlinge mit eingeschlossen sind, weil diesen die Rückkehr nach Ende der Kampfhandlungen nicht mehr gestattet wurde) und damit implizit die erzwungenen Migrationen als „Unrecht“ denunzieren, meiden die „Vertreibungsleugner“<sup>1</sup> östlich und westlich von Oder und Neiße dieses Wort, sprechen von „Umsiedlung“ oder „Repatriierung“ und betonen unter Berufung auf das Potsdamer Abkommen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs sowie auf bilaterale Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Nachkriegspolen, die Bevölkerungstrans-

---

<sup>1</sup> Ein Neologismus in Analogie zum Begriff „Holocaustleugner“. „Vertreibungsleugner“ finden sich in beiden Ländern spiegelsymmetrisch an den Rändern des politischen Spektrums: soweit es Deutsche betrifft, in Polen auf der rechten, in Deutschland auf der linken Seite, soweit es ethnische Polen betrifft, in Deutschland am rechten, in Polen am linken Rand.

fers seien völkerrechtlich einwandfrei gewesen, und denunzieren jegliche Kritik daran als „Revanchismus“.

In diesen Rahmen gehören auch die fruchtlosen Diskussionen über die Frage, ob die Deutschen das Recht haben, an ein Ereignis öffentlich zu erinnern, das für insgesamt etwa vierzehn Millionen ihrer Landsleute<sup>1</sup> in höchstem Maße traumatisch war, wozu Thomas Urban einen höchst lesenswerten Beitrag liefert – „Die Debatte um das Zentrum gegen Verreibungen“ – in dem er unter anderem auf Informationsdefizite und Geschichtsmythen in der polnischen Gesellschaft hinweist, die immer wieder zu politisch instrumentalisierten Missverständnissen führen. Die Tatsache, dass mehr und mehr junge, gut ausgebildete Polinnen und Polen den Blick nach vorn, in die Zukunft, richten und auf Grund der durch Polens Mitgliedschaft in der Europäischen Union gegebenen Kontakte zum westlichen Nachbarn weniger anfällig sind für eine Propaganda, die antideutsche Ressentiments schürt, gibt nach Urban jedoch zu Hoffnungen auf eine Änderung zum Guten hin Anlass.

Mit dem „Revanchismus“-Vorwurf muss sich auch oft die Erinnerungs- und Kulturarbeit der Vertriebenenorganisationen auseinandersetzen, mit der sich etwa Louis F. Helbig, Monika Taubitz und Sigismund von Zedlitz von deutscher Seite, Hans-Jürgen Karp, Joachim Sobotta und Wolfgang Bittner von deutscher und polnischer Seite zugleich befassen. Von Einzelpersonen abgesehen, deren Äußerungen aber von interessierter Seite publizistisch gern hochgespielt werden, haben seit langem sowohl die deutschen als auch die polnischen Vertriebenenorganisationen explizit und wiederholt erklärt, dass sie keinerlei territoriale oder Entschädigungsforderungen an die Staaten erheben, auf deren Gebiet ihre Mitglieder oder deren Vorfahren einst lebten. Mehr noch: Schlesiertreffen in

---

<sup>1</sup> „Landsleute“ sind hier im ethnischen Sinne zu verstehen und schließen alle gegen und nach Kriegsende aus den Ländern Süd-, Mittel- und Osteuropas zwangsweise ausgesiedelten ethnischen Deutschen ein, also nicht nur die aus den an Polen gefallen Teilen des Reichsgebietes von 1937.

Deutschland und „Tage der *Kresy*“ in Polen sind einander in Ablauf und Gestaltung derart ähnlich, dass jemand, der weder Deutsch noch Polnisch versteht und zufällig in eine dieser Veranstaltungen gerät, schwerlich sagen können wird, auf welcher er sich nun befindet.

In Polen ist man zu Recht stolz auf den Beitrag, den die polnische Bevölkerung der *Kresy* in fünfhundert Jahren zur nationalen Kultur geleistet hat und pflegt dieses Erbe auch von Staats wegen. Wilna (polnisch Wilno, heute Vilnius, Litauen) und Lemberg (polnisch Lwów, heute Lviv, Ukraine) sind aus der nationalen Erinnerung Polens nicht wegzudenken. Literatur über die *Kresy* und deren Verlust 1944/45 steht in den Regalen jeder Buchhandlung und ist Schullektüre. Mit gleichem Recht möchten die deutschen Vertriebenen an den Beitrag erinnern, den die deutsche Bevölkerung Schlesiens, Pommerns und Ostpreußens zur nationalen Kultur in siebenhundert Jahren geleistet hat, worauf etwa Monika Taubitz in ihrem Beitrag hinweist, und wehren sich dagegen, in falsch verstandener *political correctness* Breslau (heute Wrocław, Polen), Danzig (heute Gdańsk, Polen) und Königsberg (heute Kaliningrad, Russische Föderation) aus dem kollektiven Gedächtnis der deutschen Nation zu streichen sowie Literatur, die an diese Orte und das Ende ihrer Geschichte als deutsche Orte erinnert, als irrelevant zu marginalisieren.

Wie insbesondere die Beiträge von Klaus Schneider, v. Zedlitz, Karp, Sobotta und Bittner zeigen, fragen in Polen mehr und mehr vor allem junge Leute, unbeschwert von der nationalkommunistischen Indoktrination mit dem Mythos der „urpolnischen Gebiete“ Pommerns, Schlesiens und Ostpreußens, die ihren Eltern und Großeltern von Staats wegen oktroyiert wurde, nach der Geschichte ihrer Städte und Dörfer zwischen 1232<sup>1</sup> und 1945. Sie suchen Kontakte zu deren ehemaligen Bewohnern, feiern in Wrocław die (deutschen) Nobelpreisträ-

---

<sup>1</sup> Friedlicher Übergang Schlesiens vom Königreich Polen an das Herzogtum Böhmen und damit in den Verband des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

ger, die an der Breslauer Universität vor 1945 gelehrt haben, und in Wolsztyn Robert Koch, der dort den Tuberkelbazillus entdeckt hat.

Mag sich auch das „offizielle“ Polen (noch) schwer tun, und mag auch die einflussreiche nationalkonservative Rechte, mit der *Prawa i sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, PiS) und ihrem Vorsitzenden Jarosław Kaczyński an der Spitze, unentwegt die antideutsche Karte ausspielen und jede kleine Verstimmung im privaten Bereich medial zur nationalen Affäre aufbauschen – auf der „Graswurzelebene“ findet seit langem ein intensiver deutsch-polnischer Dialog statt, gibt es viele Hunderte von Beispielen der Zusammenarbeit auf der Ebene von Schulen, Vereinen, Kommunen und wissenschaftlichen und kulturellen Organisationen.

Berichte über derartige Aktivitäten machen etwa die Hälfte des vorliegenden Bandes aus. Da sind einmal die vorhin schon erwähnten Beiträge über lokale Zusammenarbeit, die auf der zwischenmenschlichen Ebene oft zu persönlichen Freundschaften führt, und wie ich aus eigener (guter) Erfahrung weiß, zuweilen sogar zum Standesamt. Hierüber zu berichten (es gibt inzwischen mehrere Tausend deutsch-polnischer Familien) hätte dem etwas trockenen Kapitel über institutionelle Kooperationen einen *human touch*, ein wenig Farbe gegeben. Die Beiträge über wissenschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit (E. Klin über Grünberg/Zielona Góra; Anna Stroka über Breslau/Wrocław; Werner Benecke über die Viadrina-Universität Frankfurt an der Oder, Roswitha Wisniewski über die Europäische Akademie Külz/Kulice, Hans-J. Schuch über das Gebiet der Unteren Weichsel; M. Taubitz zum Wangener Kreis) ergehen sich leider weitgehend in Aufzählungen der ohne Zweifel wichtigen und lobenswerten gemeinsamen Aktivitäten, die durch ihre Langatmigkeit jedoch die Leserschaft ermüden dürften.

Eine wichtige Rolle in der wenig spektakulären, dafür aber höchst erfolgreichen Arbeit vor Ort in Polen spielen ehemalige deutsche Bewohner und deren Nachkommen als „Brückenbauer“, oft (aber nicht nur) tätig im Rahmen von Ver-

triebenenverbänden und Landsmannschaften, worüber etwa Werner Bader aus dem Bereich der geteilten Mark Brandenburg anschaulich zu berichten weiß. Die von der polnischen Rechten vor dem EU-Beitritt Polens massiv geschürten Ängste, die (vertriebenen) Deutschen könnten wiederkommen und das Land mit ihren dicken Brieftaschen „friedlich zurückerobern“, haben sich als völlig unbegründet erwiesen. Im Gegenteil: Der seit 125 Jahren zu beobachtende Trend der Westwanderung aus den polnischen Ländern („Ostflucht“) ist ungebrochen—auf einen Deutschen, der sich in Polen niederlässt, kommen etwa fünfzig Polen, die nach Deutschland übersiedeln und dies meist auf Dauer.

Ein Aspekt, der in mehreren Beiträgen des Sammelbandes angesprochen wird, ist die Rolle, die die Kirchen (Christian-E. Schott) und auch die Vertriebenenorganisationen bei der Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in die Nachkriegsgesellschaften beider deutscher Staaten gespielt haben. Ein Vergleich mit der Lage in den Nachbarstaaten Israels, in denen die Vertriebenen des Unabhängigkeitskrieges 1947/48 nicht integriert wurden und in denen die Flüchtlingslager zu Brutstätten des Terrorismus wurden, sollte eilfertigen Kritikern der Vertriebenenverbände zu denken geben. Für Deutschland als ein besetztes, total zerstörtes, territorial amputiertes und durch Reparationen schwer belastetes Land, das kurzfristig etwa elf Millionen Menschen aufnehmen musste, war deren Integration eine Leistung, auf die man wahrlich stolz sein darf. Nirgendwo anders in der Welt hat es eine in der Größenordnung vergleichbare Herausforderung gegeben, nirgendwo im „Jahrhundert der Vertreibungen“ ist auch nur Vergleichbares gelungen, vermutlich nicht einmal versucht worden.

In den sechs Jahren, die seit der ersten der drei Tagungen, deren Ergebnisse hier vorgestellt werden, vergangen sind, ist vieles Positive in den deutsch-polnischen Beziehungen geschehen, insbesondere seit dem Amtsantritt des pragmatischen Danzigers Donald Tusk, der 2007 den ideologieversessenen Jaroslaw Kaczyński als Ministerpräsidenten ablöste. Die im vorliegenden Band aufgezeigten – positiven – Ent-



wicklungen und Trends haben sich fortgesetzt. Die deutsch-polnische Grenze ist seit Polens Beitritt zur EU und zum Schengener Abkommen eine Verwaltungsgrenze geworden, die deutsch-polnischen Kontakte an der Basis haben sich weiter intensiviert, und vor den deutschen Heimatvertriebenen und ihren Organisationen fürchten sich eigentlich nur noch diejenigen, die am weitesten weg vom Geschehen leben: in den Kleinstädten und Dörfern des wirtschaftlich (und mental) rückständigen Ostteils des Landes, wo auch PiS ihre Hochburgen hat. Wenn die „Große Politik“ hier keinen Strich durch die Rechnung macht, dürfte die Zeit nicht mehr fern sein, in der die Bewohner von Wrocław, Legnica und Gdańsk auf die deutsche Vergangenheit ihrer Städte ebenso stolz sind wie die Kölner, Trierer und Regensburger auf ihre römische.

*Joachim Neander*

**Martin Greschat, *Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945-1963*, Paderborn, München, Wien, Zürich: Schöningh Verlag 2010, 454 S., 48,- €, ISBN 978-3-506-76806-3**

Das Buch ist die erste Gesamtdarstellung einer Geschichte des deutschen Protestantismus während der frühen Nachkriegszeit bis zum Jahr 1963 (warum eigentlich bis 1963?). Der Verfasser holt dabei weit aus – die Weltmächte USA und UdSSR, der Koreakrieg, Stalin und die Stalinnoten, Konrad Adenauer, Walter Ulbricht - und benötigt so einen extrem langen Anlauf, um nach fast 200 Buchseiten endlich zum Kernbereich seines Themas zu gelangen. Im ersten Kapitel werden die weltpolitischen Konstellationen um 1950 (die Rivalitäten der zwei Supermächte, der Koreakrieg etc.) als wesentliche historische Voraussetzungen der deutschen Teilung dargelegt. Das zweite Kapitel schildert die Entstehung der beiden deutschen Staaten: Adenauers innenpolitisch umstrittenen Kurs der Westintegration und Wiederbewaffnung sowie die kom-